

AvP Insolvenz: Tausende Apotheken unverschuldet in Existenznot

Die Insolvenz des Abrechnungsdienstleisters AvP hat 3500 betroffene Apotheken in große Unruhe und Sorge versetzt, weil sie dadurch in finanzielle Not bis hin zur eigenen Insolvenz getrieben wurden. Nach den neuesten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und des Insolvenzverwalters Dr. Hoos wurde nun bekannt, dass die AvP Dienstleistungs GmbH schon sehr lange in Schieflage geraten war und die Wirtschaftsprüfer und die BaFin Kenntnis davon hatten, ohne gegen die unsauberen Machenschaften der AvP-Geschäftsführung vorzugehen (Quelle: DAZ, Handelsblatt).

Wir reden hier in Summe um einen durch Geschäftsführer der AvP rechtswidrig entwendeten hohen dreistelligen Millionenbetrag, der pro Apotheke im September 2020 Zahlungsausfälle von durchschnittlich 120 000 € ausmacht. Für die betroffenen Apotheken geht es teilweise um Summen, die dem dreifachen eines Jahresgewinnes entsprechen. Insgesamt stehen Forderungen von ca. 600 Millionen Euro aus. Um die Liquidität der Apothekenbetriebe aufrecht zu erhalten, mussten sehr viele teure Betriebsmittelkredite aufnehmen. Das schiebt das Problem aber nur auf, weil Kredite getilgt werden müssen. Laut fachjuristischer Einschätzung des Insolvenzverwalters Dr. Hoos wird es noch einige Jahre dauern, bis in diversen Prozessen geklärt wird, welche Quotenzahlung an betroffene Apotheken ausbezahlt werden kann. Die Rechtslage ist hoch kompliziert.

Alle anderen Apotheken Deutschlands, welche jetzt nicht betroffen sind, weil sie einen anderen Rezeptabrechnungsdienstleister haben, sind mittelbar auch betroffen! Rechtsanwalt Peter Haupt aus Moers hat sich Verträge und AGB der großen Rezept-Abrechnungszentren angesehen und ist zu dem erschreckenden Fazit gekommen, dass die von Apotheken generierten Rezeptumsätze im Falle einer Insolvenz ihres Abrechnungszentrums ebenfalls ohne Aussonderungsrechte in die Insolvenzmasse fallen würden.

(Quelle: <https://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/apothekenpraxis/rechtsanwalt-traut-rechenzentren-nicht-fremdgeldkonten-und-forderungsabtretung-avp-pleite/>).

Nach den derzeitigen komplizierten gesetzlichen Anforderungen ist es definitiv unmöglich, dass Apotheken ihre monatliche Abrechnung mit den ca. 250 Krankenkassen ohne ein Abrechnungszentrum durchführen könnten! Hier müssen gesetzliche Zuzahlungen, Herstellerrabatte, Retax-Abschläge und Bonus-Malus-Berechnungen infolge der Importquote zur Abführung an Krankenkassen für jede einzelne Arzneipackung berechnet werden.

Die Umstände, die es ermöglichten, dass durch die Insolvenz Rezeptumsatzgelder in dreistelliger Millionenhöhe nicht an Apotheken ausgezahlt wurden, belegen große strukturelle Mängel in den gesetzlichen Regelungen zum Prozedere der Rezeptabrechnung an sich. **Daraus ergeben sich drei gesetzgeberische Notwendigkeiten, die betroffene Apotheken fordern:**

1. Die Apotheken-Abrechnungszentren müssen zu einer treuhänderischen, insolvenzfesten Verwaltung der Sozialversichertengelder auf gesetzlicher Grundlage verpflichtet werden. Die Abrechnungszentren müssen von der BaFin streng auf Einhaltung kontrolliert und Regelverstöße geahndet werden. Die BaFin muss ihrerseits gesetzlich zu einer Kontrolle verpflichtet werden.

2. Die betroffenen Apotheker müssen nach einer möglichst schnellen Quotenauszahlung aus der Insolvenzmasse der AvP mittels finanzieller Ausgleichzahlungen des Bundes unterstützt werden. Der Bund trägt hier deswegen die volle Verantwortung, weil er alle Apotheken durch seine Gesetzgebung zwingt,

die Bezahlung der Kassenrezeptumsätze über Abrechnungszentren abzuwickeln und andererseits große Versäumnisse bei der Gesetzgebung zum sicheren Abrechnungsprozedere sowie bei dessen finanzbehördlichen Kontrolle gemacht hat.

3. Es muss auf politischer Ebene verhindert werden, dass zur Abklärung von Aussonderungsrechten aus der Insolvenzmasse der AvP jahrelange teure Gerichtsprozesse laufen, die letztlich die Insolvenzmasse schmälern. Die einfachste und beste Lösung ist die, dass der Staat die Forderungen der Gläubiger abkauft und die Erlöse an die Apotheken auszahlt.

Diese Änderungen, möglicherweise sogar eine kostenneutrale Abrechnung durch ausschließlich staatliche Träger, werden insbesondere vor dem Hintergrund nötig, dass die bisherigen Geschäftsmodelle von Abrechnungszentren auf Grundlage positiver Zinsen funktionierten.

Bis jetzt gibt es zu diesen Forderungen keine Ergebnisse und kein wahrnehmbares politisches Engagement. Es gibt nur Pressestatements und kleine Anfragen von den Oppositionsparteien an die Regierung.

Sie lassen einfach so 3500 Apotheken in den Ruin gehen, weil die BaFin in ihrer Stellungnahme behauptet, wir Apotheker hätten keine Systemrelevanz!

Wir Betroffenen zweifeln daran, in einem demokratischen Rechtsstaat zu leben. Wie sonst kann es sein, dass Apotheken als sich regelkonform verhaltende Teilnehmer unseres Gesundheitswesens infolge der Insolvenz eines Abrechnungsdienstleiters unverschuldet in finanzielle Haftung genommen werden? Warum darf der Bundesgesundheitsminister ohne politischen Widerstand im Bundestag Gesetze auf den Weg bringen, die wie ein Wirtschaftsförderprogramm für ausländische Versandapotheken wirken, den Vor-Ort-Apotheken aber frech als Hilfe verkauft werden (gemeint ist hier das VOASG)?

1000 Apotheken mussten aus wirtschaftlichen Gründen in den vergangenen 3 Jahren schließen. 3000 Apotheken sind wegen des AvP-Desasters akut von einer Insolvenz bedroht. Offensichtlich sollen nach dem Willen der Regierung viele Apotheken vom Markt verschwinden. Wäre es nicht ehrlich und konsequent, die genaue Zahl der Apotheken, die als ausreichend erachtet werden, auch zu kommunizieren?

Seit Bekanntwerden des AvP-Desasters sind acht Wochen vergangen. 56 Tage, die wir in größter existenzieller Not bewältigen mussten. 56 Tage, die jeden Tag Geld gekostet haben, um teure Kontokorrentkredite zu zahlen.

Jetzt im neuen Lockdown kämpfen viele Apotheken zusätzlich mit teilweise ausgestorbenen Innenstädten. Monate, in denen hervorragend arbeitende Apothekenangestellte ihr wohlverdientes Weihnachtsgeld erhalten müssten. Mit jedem Tag, an dem Sie nicht eingreifen, machen Sie sich mitschuldig am Systemversagen.

Sie haben das beste Gesundheitssystem der Welt. Die bestausgebildeten Fachkräfte, die in der Corona-Krise mehr als 100% gegeben haben. Bewahren Sie diese Ressource für unser aller Zukunft. Setzen Sie ein Zeichen durch Ihren Einsatz für uns. Jetzt!